

HELLA HERTZFELDT

Politik, Wissenschaft, Praxis – und wie steht es um die Geschlechterverhältnisse?

Dr. Hella Hertzfeldt –
Jg. 1952, Politikwissen-
schaftlerin, wissenschaft-
liche Mitarbeiterin im
Studienwerk der Rosa-
Luxemburg-Stiftung

Weitere Informationen
sind zu finden unter
[www.rosalux.de/Einzel/
Gender_ffm_2003/index.htm](http://www.rosalux.de/Einzel/Gender_ffm_2003/index.htm).

Die Geschlechterverhältnisse werden heutzutage erfreulich oft auf Tagungen thematisiert und das von unterschiedlichsten Gesichtspunkten aus. So gibt es wissenschaftliche Kongresse, Zusammenkünfte von und mit Politikerinnen und Netzwerkveranstaltungen von Projektfrauen und Frauenbewegten. Weniger entwickelt ist bisher der Dialog dieser Gruppen untereinander. Diese Diskussion zu befördern, war das erklärte Ziel der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten Tagung »Ausnahme(Regel)? Gender in Politik, Wissenschaft und Praxis« am 27. und 28. Juni 2003 in Frankfurt/Main. In unterschiedlichen Foren – Vortrag, Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen – gingen mehr als 100 Frauen (und einige Männer) dieser Frage nach und traten in einen konstruktiven Dialog. Frigga Haugs Eröffnungsbeitrag »Gender – Karriere eines Begriffs« (siehe UTOPIE kreativ, H. 156, S. 899-913) schlug einen Bogen von Olympe de Gouges über Marx und Engels und heutigen feministischen Kontroversen bis hin zu aktuellen sozialpolitischen Debatten und deren Konsequenzen für Frauen.

Gendermainstreaming (GM), Diversity und Queer sind neue Politikansätze, die die gute alte Frauenpolitik abgelöst haben. Ihre Chancen und Risiken wurden kontrovers diskutiert. Regina Frey vom Genderbüro Berlin warnte davor, die Erwartungen an das GM-Konzept zu hoch zu stecken. Es entstehe dadurch die Gefahr, eine gewisse Alibi-Funktion einzunehmen, sich alter frauenpolitischer Forderungen zu entledigen und in Einzelprojekten zu verharren. Andererseits könnten mit GM bis dato »genderimmune« Menschen angesprochen und neue BündnispartnerInnen wie z. B. die kritische Männerforschung in den Blick genommen werden. Larissa Klinzing vom GEW-Hauptvorstand gab einen Einblick in ihre Erfahrungen mit der gewerkschaftlichen Umsetzung von GM. Viel sei in den vergangenen Jahren zu dessen Realisierung unternommen worden, problematisch bleibe jedoch immer noch die Akzeptanz. »Machtpolitische Fragen sind nicht durch Schulungsmaßnahmen lösbar« – so ihr Fazit. Jedoch sei neben allen Schwierigkeiten eine neue politische Kultur erkennbar: GM erweise sich kommunikativer als die gewerkschaftliche Frauenpolitik vergangener Zeiten. Evrim Baba, frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, behandelte die Umsetzung von GM im Berliner Haushalt. Damit im Zuge des allgemeinen Sparzwanges Frauenförderung nicht auf der Strecke bleibe, müsse zweigleisig gefahren werden: also sowohl GM als auch weitere Frauenförderungsmaßnahmen

seien anzugehen. Heinz-Jürgen Voß, Sprecher der AG queer in der PDS Sachsen, plädierte für eine Stärkung der queer-Strategie in der politischen Praxis. Konzepte wie GM zementierten die klassische Einteilung in Männer und Frauen und negierten andere Identitäten. Ähnlich argumentierte Christina Schenk, ehemalige MdB und Politikberaterin: GM produziere Ausschlüsse von z. B. nicht-weißen, erwerbslosen, nicht-heterosexuellen Frauen, aber auch Männern. Einen Ausweg biete das Konzept der Politics of Diversity, das ihrer Meinung nach das Potenzial enthält, soziale Ungleichheit zu thematisieren.

Ein weiteres Politikfeld wurde im Zusammenhang mit der neo-liberalen Globalisierung untersucht und mögliche Gegenstrategien aufgezeigt. Ein praktisches Beispiel stellt die Clean Clothes Campaign (CCC) dar, die sich als Projekt der Globalisierung von unten begreift. Diese zielt auf die Aufdeckung unmenschlicher Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie, insbesondere der asiatischen Staaten, die in sogenannten »freien Produktionszonen« allgemeine Arbeitsgesetzgebungen (Mindestlöhne, Arbeitsbedingungen und -zeiten) außer Kraft setzen. Es gehe dabei – wie Bettina Musiolek, Aktivistin der CCC, betonte – nicht um einen Boykott der Waren, sondern um Aufklärung über die Praktiken von Textil(marken)herstellern sowie um die Aufdeckung des eklatanten Missverhältnisses zwischen Lohnkosten (max. 1 %) und Preisen der Produkte. So habe das Erteilen der »roten Karte« für adidas dazu geführt, dass sich Arbeits- und Einkommensverhältnisse für die – insbesondere weiblichen – Textilarbeiter verbessern konnten. Christa Wichterich, Journalistin aus Bonn, thematisierte im Unterschied zur Praktikerin die wissenschaftliche Auseinandersetzung um Globalisierung. Sie analysierte zum einen den Paradigmenwechsel innerhalb der feministischen Globalisierungskritik: weg von einem Diskurs, der Frauen nur als Opfer – von Bevölkerungspolitik, Frauenhandel etc. – begreift, hin zu einem, der Frauen als handelnde Subjekte mit differenzierten Identitäten auffasst. Globalisierung sei ein multidimensionaler Prozess unter neoliberalen Regime, der eng mit den Geschlechterverhältnissen verknüpft sei. Demzufolge müssten kritische Analysen mit der Entwicklung von Gegenstrategien verknüpft werden, die in Form von »Gegenwehr« (Globalisierung von unten, Abbiegen der schlimmsten Auswirkungen), »Mitmacht« (Transformation durch Partizipation) sowie »Gegenmacht« (Entwicklung von Alternativen innerhalb und außerhalb der Marktökonomie) erfolgen könnten.

Der Zusammenhang zwischen Krieg/Frieden und der Geschlechterproblematik stand beim Abschlussplenum auf der Tagesordnung. Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung führte aus, dass, obwohl die Zahl der Kriege sich verringert habe, die zivilen Opfer stiegen und besonders die Gewalt gegenüber Frauen zunehme. Frauen seien nicht nur durch unmittelbare Kriegshandlungen, sondern auch durch den Zusammenbruch der sozialen und ökonomischen Infrastruktur stark betroffen. Andererseits seien sie auch differenziert zu betrachten, denn sie agierten zum Teil auch als Täterinnen und Kriegsverbrecherinnen. Die Rolle der Medien in den Kriegen der Gegenwart und der dabei vermittelten Geschlechterbilder untersuchte Elvira Claßen, Medienwissen-

schaftlerin aus Trier. Frauen würden hierbei je nach konkreter Zielstellung instrumentalisiert. So versuchten z. B. die USA, ihren Kriegen den Schrecken zu nehmen, indem sie mit dem weiblichen Element werben (C. Rize: »wenn der Krieg ein weibliches Gesicht bekommt, wird er akzeptabler«). Andererseits mussten die unterdrückten muslimischen Frauen in Afghanistan als ein Kriegsgrund erhalten – über ihre heutige Situation dagegen werde kaum gesprochen. Petra Bläss, Bundestagsvizepräsidentin a. D., verwies auf eine von Frauen geschaffene Initiative als eine Möglichkeit zur stärkeren Beachtung dieses Themas: den Frauensicherheitsrat. Er sei als Reaktion auf eine UNO-Resolution gegründet worden, die u. a. besagt, dass Frauen bei Konfliktregulierungen angemessen beteiligt werden müssten. Seine Aufgaben als informelles Netzwerk sei auf das Einbringen feministischer Theorien in den Mainstream gerichtet, auf ein Monitoring der Bundespolitik im Weltsicherheitsrat, auf eine Kontrolle der Umsetzung der UNO-Resolution u. a. m.

Als strategisch wichtige Punkte benannten die drei Frauen die Notwendigkeit der Einrichtung eines Mitspracherechts von Frauen bei Konfliktbewältigungen, einer verstärkten und differenzierteren Information über Krisen- und Kriegsinterventionen, inklusive den sich anschließenden »Aufbauarbeiten«, und eine größere Unterstützung der NGOs. Die UNO allein könne die entsprechenden Aufgaben nicht bewältigen.

Eine Besonderheit der Tagung bestand in der aktiven und umfangreichen Beteiligung von StipendiatInnen der RLS. Sie traten als ReferentInnen und ModeratorInnen in Erscheinung und nicht zuletzt als Mitakteurinnen der künstlerischen Beiträge, die leider aus Platzgründen nur am Rand erwähnt werden können (die Ausstellungen »Der verbotene Raum« und »Afrika und Deutschland – bloß keine Schuldgefühle«).